Dr. Herbert Walter
Eisenbahnstraße 12
79341 Kenzingen

6. Okt. 2021

Regierungspräsidium Freiburg
08. Okt. 2021
Az.

Regierungspräsidium Freiburg
Referat 24
Kaiser-Joseph-Str. 167
79098 Freiburg

Einwendung gegen Bahnausbau PfA 8.0
Vermeidung von negativen Zwangspunkten hinsichtlich anstehenden PfA 7.4 bis 7.1

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit wende ich gegen die Planung des Bahnausbaus im Abschnitt 8.0 ein.
Den innerörtlichen Ausbau der Rheintalbahn auf teilweise vier Gleise zur Erhöhung der Geschwindigkeit auf 250km/h lehne ich ab, da er mit fatalen Konsequenzen für die gesamte Region verbunden ist, denn er

- **verhindert einen nachhaltigen und zukunftsfähigen Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs**, da bis 2042 lediglich ein weiterer Nahverkehrszug pro Stunde ohne Wartezeiten wegen notwendiger Überholungen durch die ICEs vorgesehen ist,
- erfordert im Planfeststellungsabschnitt 8.0 sowie den weiteren PfA 7.4 bis 7.1 allein entlang der Rheintalbahn den **Neubau von ca. 50 Brücken**, die ohne das Vorhaben nicht neu gebaut werden müssten,
- sieht **bis zu 6,5m hohe Lärmschutzwände** vor, welche die Entstehung von **Kälteseen** auf der Ostseite verursachen können,
- wird für uns eine verkehrstechnische und akustische **Belastung** bedeuten, die mit einer viergleisigen Autobahnparallele vermieden werden kann,
- wird während der **Bauphase für einen Verkehrskollaps** sorgen, denn in 10 bis 15 Jahren müssten insgesamt 100 Brücken neu gebaut werden, dazu kämen **Sperrungen** von Brücken und Straßen, Baustellenverkehr, **Umleitungen** und jahrelanger **Schienenersatzverkehr mit Bussen,**
- verhindert einen baldigen Umbau der **Bahnhöfe** für Barrierefreiheit (für Behinderte, Fahrräder, Kinderwägen, etc.), der nur wegen der DB-Planung (Totalumbau) seit 20 Jahren zurückgestellt wird,
- kostet meine **Gemeinde anteilig Geld** für neue Brücken, das sie für die Daseinsvorsorge braucht,
- stellt eine **größere Gefährdung der Anwohner durch Hochgeschwindigkeitszüge** dar,
- beansprucht **nur mittelfristig eine geringere Fläche,** als ein viergleisiger Ausbau an der Autobahn, da bei der bereits für das Jahr 2030 angestrebten Verdoppelung des Personenverkehrs auf der Schiene weitere Überholungen notwendig und somit ein weiterer Ausbau mit zusätzlichem Flächenverbrauch sehr wahrscheinlich wird,
- sieht keine zusätzlichen Halte wie Offenburg Süd vor und könnte sie fahrplantechnisch nicht konfliktfrei einbinden,

- verzögert Planung und Bau der Autobahnparallelen, so dass ein „provisorisches Gleis“ vorgesehen wird.

Ich fordere als Alternative den Bau von ICE-Gleisen parallel zu den Güterzug-Gleisen an der BAB 5. Platz ist auch an den Engstellen ausreichend vorhanden, wie von der DB Netz AG (Variantenvergleich 2008) selbst untersucht wurde.

Die Bündelung des Schienenfernverkehrs mit dem Fernverkehrsweg Autobahn drängt sich im Sinne der europäischen Verkehrsplanung auf. Mit diesem Ziel ist auch eine Verlärmung der Region zu begrenzen.

Eine 4-gleisige Autobahnparallele kann Jahre früher fertig sein als die im Planvorhaben beabsichtigte Variante der Demontage der Rheintalbahn und des anschließenden Neubaus innerorts. Ich fordere, die Ausbauplanung der Altstrecke zu Gunsten einer 4-gleisigen Trasse parallel zur BAB 5 sofort einzustellen und für letztere einen schnellen Bau einzuplanen, damit kein „provisorisches Gleis“ nötig ist, welches die Anwohner der Rheintalbahn für weitere Jahre der Gefahren des (Gefahr-) Güterverkehrs aussetzt, mit Lärm belästigt und wertvolle Ackerfläche für Jahrzehnte zerstört.

Die im PfA 8.0 geplante „Verbindungsspange Süd“ ist mit ihren **engen Kurven**, die für eine Höchstgeschwindigkeit von nur 80 km/h ausgelegt ist, ungeeignet für ICE-Verkehr. Dies stellt einen **Zwangspunkt für die weitere Planung** auch in den weiteren oben genannten Planfeststellungsabschnitten dar. Sollte sich hoffentlich die Einsicht durchsetzen, dass eine ICE-Führung an der BAB 5 vernünftiger ist, wäre die Verbindungspange Süd ein beträchtliches Hindernis zu meinen Lasten und der der ganzen Region. **Ich fordere deshalb, die Verbindungsspange Süd so zu gestalten, dass sie mit wesentlich höherer Geschwindigkeit durchfahren werden kann.** Bürgerprotest Bahn e. V. Herbolzheim - Kenzingen legte einen solchen Trassenführungsvorschlag vor.

Die Politik fordert, den Schienenpersonenverkehr bis 2030 zu verdoppeln. Der Bahn gefällt das prinzipiell auch. Ich fordere, den Bahnausbau so zu konzipieren, dass dementsprechend auch genug Züge verkehren können. Das betrifft hauptsächlich die Stoßzeiten, in denen bereits vor der Corona-Pandemie die Berufspendler-Züge überfüllt waren. Die jetzt geplanten Gleisanlagen können diesen geänderten politischen Vorgaben und der kontinuierlichen Zunahme des Schienenpersonenverkehrs nicht entsprechen.

Ich verlange, einen engeren Takt für den Schienenpersonenverkehr einzuführen, der an den neuen Deutschlandtakt angebunden ist.

Für alle Arbeiten an der Rheintalbahn während der Nachtzeit verlange ich, **Rottenwarngeräte** durch technisch vorhandene stille Alternativen zu ersetzen.

Ich behalte mir weitere Ergänzungen vor.

Mit freundlichen Grüßen